

//PRESSEINFORMATION//

37/2020

Saarbrücken, 24.11.2020

Offener Brief

Keinen Schullockdown provozieren RKI-Empfehlungen im Saarland umsetzen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

bei unserem letzten Gespräch am 11.09.2020 haben Sie sich offen gezeigt, im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen noch einmal genauer die Bedarfe im Bildungsbereich in den Blick zu nehmen. Die GEW Saarland hat Ihnen hierfür bereits einen Finanzierungsvorschlag unterbreitet und möchte sich nochmals für den konstruktiven Meinungs austausch bedanken.

Eine weitere Möglichkeit in dieser Pandemie eine ausreichende Finanzierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Kitas und Schulen zu gewährleisten ist ein Coronafonds für Bildung.

Als Ministerpräsident des Saarlandes führen Sie diese Regierung und haben damit auch die Fürsorgepflicht für alle Landesbeschäftigten. Dies beinhaltet auch die Verantwortung für den Gesundheitsschutz der pädagogischen Fachkräfte und der Kinder und Jugendlichen in den Kitas und in den Schulen. Wenn Sie die Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über den Gesundheitsschutz stellen, ist dies unserer Meinung nach unverantwortlich.

Wir wünschen uns auch einen Präsenzunterricht. Dieser kann aber zur Zeit nicht regulär stattfinden, ohne dass die entsprechenden Rahmenbedingungen möglichst schnell geschaffen werden. Ein kompletter Schullockdown kann nur verhindert werden, wenn die RKI-Empfehlungen sofort umgesetzt werden.

Darauf zu bauen, dass ein bisschen Lüften schon ausreicht, ist nicht die Art der Fürsorgepflicht, die in Pandemie-Zeiten angebracht ist. Schutzmaßnahmen sollten kein Almosen der verschiedenen Ministerien sein. Die Beschäftigten, Kinder und Jugendlichen der verschiedenen Bildungseinrichtungen haben ein Anrecht auf den Schutz ihrer Gesundheit. Damit die dringend notwendigen Schutzmaßnahmen finanziert werden können, fordert die GEW die Gründung eines Coronafonds für Bildung, der aus Bundesmitteln aufgelegt wird. Dieses "Ping-Pong-Spiel" der verschiedenen Ministerien und Parteien ist in dieser Zeit unverantwortlich.

Dieser Corona Fonds bietet die Möglichkeit auf die Bedarfe der Kitas und Schulen einzugehen und das Recht auf Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz zu realisieren. Die Maßnahmen müssen dem aktuellen Infektionsgeschehen angepasst werden. Studien, die durchgeführt wurden in einer Zeit, in der das Infektionsgeschehen niedrig war, können wir nicht akzeptieren. Diskussionen, ob die Schulen oder Kitas Pandemietreiber sind, sind unqualifiziert, da dazu noch keine validen Studien vorliegen. Das Virus ist gerade dann gefährlich, wenn diese AHA + L-Regeln nicht eingehalten werden.

Die GEW bemängelt außerdem, dass der Dienstherr bei der Fürsorgepflicht und Einhaltung der Arbeitsschutzregeln für die Landesbeschäftigten mit zweierlei Maß misst. Um den Gesundheitsschutz in den Ministerien zu gewährleisten, werden die Mitarbeiter*innen in zwei Kohorten aufgeteilt und ein Arbeiten von zu Hause angeordnet. Dagegen wird das von der GEW und anderen Lehrer*innen- und Schüler*innenvertretungen vorgeschlagene Modell des individuellen, lokalen und temporären Wechselunterrichts hartnäckig abgelehnt.

Nach den Neuregelungen der Quarantäneregeln in Schulen sollen nur noch der/die mit Covid19-Infizierte und die engsten Kontaktpersonen in Quarantäne. Dies alles, um die Gesundheitsämter zu entlasten. Die gesundheitliche Gefährdung und die psychischen Belastungen der Schüler*innen und Lehrer*innen werden dabei offensichtlich fahrlässig ausgeblendet, da durch den Verzicht auf die Abstandsregel in Klassenräumen nicht ausgeschlossen werden kann, dass trotz Tragen einer Alltagsmaske und des Lüftens eine Ansteckung stattgefunden hat.

Im Saarland werden Schutzstandards ignoriert. Schüler*innen, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Schulen werden nicht ausreichend vor einer Ansteckung geschützt. Schon vor den Sommerferien plädierte die GEW-Saarland mit einem Plakat: „Wiedereinstieg nicht gefährden“. Die Untätigkeit der Landesregierung ist grob fahrlässig. Seit Monaten fordern wir, dass der Schutz von Schüler*innen und Lehrkräfte ernst genommen wird. Doch leider ist bisher fast nichts passiert

Wir fordern:

- die Abstandsregeln durch kleinere Lerngruppen sicherstellen.
- Schnelltests an Schulen und Kitas für alle Kontaktpersonen.
- mehr Personal (mind. 300 Stellen).
- Endlich multiprofessionelle Teams zu installieren.
- Wechselunterricht lokal und individuell je nach Schulform und Altersklasse zu ermöglichen.
- Mehr Verwaltungsstunden für die Organisation in dieser Pandemie für die Schulleitung.
- Mobile Luftreinigungsgeräte, wo der Abstand nicht eingehalten werden kann.
- die von Gesundheitsminister Spahn vorgeschlagene Quarantäneregeln in Verbindung mit Schnelltests umzusetzen.
- für die KITAs kleine Gruppen, mehr Personal, Schutzausrüstung und einen Musterhygieneplan.

Investitionen in eine sichere Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Investitionen in die Gesundheit sind Investitionen in die Zukunft.

Die GEW fordert Sie auf, umgehend das „Fahren auf Sicht“ zu beenden und vorausschauend nach den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (RKI) zu handeln. Die Regeln zur Eindämmung der Corona-Pandemie müssen in den Bildungseinrichtungen ebenfalls eingehalten und umgesetzt werden. Schulen und Kitas sind keine Versuchslabore!

Mit freundlichen Grüßen


Birgit Jenni

GEW-Landesvorsitzende